

Schriftliche Aussage der Klägerin Kazue Morizono

vorgetragen vor Gericht am 28. August 2015 (24. Abteilung des Tokioer Bezirksgerichts)

Ich wohne in Koriyama, einer Stadt in der Präfektur Fukushima. Koriyama liegt cirka 60 Kilometer westlich vom havarierten Kernkraftwerk Fukushima. Die Stadt entspricht in der Grösse ungefähr dem Kerngebiet von Tokio. (siehe Anmerkung 1) Die Präfektur Fukushima selbst ist in drei Regionen unterteilt: Hamadori auf der Seite des Pazifiks, Nakadori und Aizu. Koriyama gehört zur Region Nakadori.

Auch hier in Nakadori hat die durch den Atomkraftwerkunfall verursachte radioaktive Verseuchung das erwartete Ausmass weit übertroffen.

Verletzte und Verschüttete entlang des Küstengebiets, die eigentlich hätten gerettet werden können, konnte aufgrund der ausgetretenen hohen radioaktiven Strahlung nicht geholfen werden. Die Rettungsarbeiten mussten abgebrochen werden.

„Wenn es doch nur kein Atomkraftwerk gegeben hätte. “Diese Nachricht hinterliess ein Bewohner der Stadt Sukagawa, bevor er sich kurz nach dem Atomunfall in Fukushima das Leben nahm. Dieser tragische Vorfall war ein grosser Schock für mich. Am neunten dieses Monats schied ebenfalls wieder eine alleinstehende ältere Dame freiwillig aus dem Leben. Sie wurde in ihrer, nach dem Erdbeben errichteten, Notunterkunft tot aufgefunden. (9. August 2015, Minyu-Zeitung)

Die Reihe von Menschen, die sich das Leben nehmen, weil sie aufgrund der hohen Radioaktivität nicht nach Hause zurückkehren können, reisst nicht ab. Trotzdem wird in den Medien immer weniger darüber berichtet. Ist es richtig, diese Ungerechtigkeit bestehen zu lassen? (siehe Anmerkung 2)

Auch jetzt sind noch mehr als 110.000 Menschen aus ihrer Heimat evakuiert.

Ein Ende der Folgen des Atomkraftwerkunfalls ist nicht abzusehen.

Und nicht nur Menschen mussten durch den Reaktorunfall leiden. Können Sie sich vorstellen, welchen Tod die in den evakuierten Gebieten von den Menschen zurückgelassenen Tiere wie Hunde, Katzen, Hühner, Schweine und Rinder hatten?

Durstig, hungrig, in Angst und Schmerzen, hatten sie keine Möglichkeit, zu fliehen und mussten sterben.

Nutztiere wie Kühe und Schweine wurden von ihren hilflosen Besitzern getötet. All dies ist eine Kette von Geschehnissen, die durch die radioaktive Verseuchung verursacht wurden. Und sie geht weiter.

Zur Zeit des Atomunfalls war die Wasserzufuhr im Haus meiner Familie als Folge des Erdbebens

unterbrochen. Fünf Tage hintereinander mussten wir uns jeden Tag zwei bis drei Stunden im Freien ,während die Radioaktivität auf uns herabfiel, anstellen, um Wasser zu bekommen.

In unserer Wasserversorgungsstation wurde radioaktives Jod gefunden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, welche entsetzliche Sorgen ich mir machte, als ich davon erfuhr. Welcher Strahlenbelastung war ich wohl in diesen ersten Tagen ausgesetzt?

Sorgenfrei mit Dekontamination?

Inmitten einer Flut von sich widersprechenden und verwirrenden Informationen verschwanden allmählich die Gestalten von Kindern aus den öffentlichen Parkanlagen. In welchen Park man auch ging, Kinder oder Mütter mit spielenden Kleinkindern waren nicht mehr zu entdecken. Es war, als ob man eine Szene aus einem Science- Fiction Film vor sich sehe.

Indessen wurde seit der Zeit unmittelbar nach dem Reaktorunfall von der Regierung und einem Teil der zuständigen Experten erklärt, dass „eine Strahlendosis dieser Höhe keine unmittelbaren gesundheitlichen Auswirkungen habe“, zuallererst die Dekontamination der betroffenen Gebiete wichtig sei und die Menschen in den betroffenen Gebieten durch die Dekontaminationsmassnahmen wieder beruhigt ihr Leben führen könnten.

Lehrkräfte und Eltern begannen nun mit der Dekontamination von Schulen und Schulwegen. Dazu benutzte man Wasser-Hochdruckreiniger, um damit die überall anhaftenden radioaktiven Partikel wegzuspülen. Diese „Dekontamination durch Herumprobieren“ wurde nun durchgeführt. Natürlich war das eine Arbeit, die Strahlenbelastung mit sich brachte. Während man sich selbst der Strahlenbelastung aussetzte, wurde die Umgebung dekontaminiert. So etwas konnte man überall sehen.

Auch wenn darüber gesagt wurde, „das ist doch nur eine örtliche Verschiebung der radioaktiven Substanzen, musste das gemacht werden.

Auch meine Familie hat unser Haus dekontaminiert.

Die Wasserrinne, mit stündlich annähernd 10 Mikrosievert, und Teile des Rasens, die ausgegraben wurden, und die abgekratzte Erde wurden in Sandsäcke gefüllt, in einer Ecke des Gartens gestapelt und mit einer blauen Plane bedeckt. Dort stehen sie nun seit 2 Jahren und 7 Monaten.(siehe Anmerkung 4)

Denn das grosse Problem ist, wohin die kontaminierten Materialien gebracht werden sollen. Es gibt weder eine vorübergehende Lagerstätte noch ein Zwischenlager. Gegenwärtig werden kontaminierte Materialien an über 10.000 Stellen vor Ort gelagert.(siehe Anmerkung 4)

Warum waren wir gezwungen, die Dekontaminationsmassnahmen selbst durchzuführen?

Von Rechts wegen hätten das diejenigen, die den Reaktorunfall verschuldet haben, übernehmen sollen. Nicht nur Tepco, sondern selbstverständlich auch die Herstellerfirmen, die ein dermassen gefährliches Kernkraftwerk gebaut haben, hätten die Dekontaminationsmassnahmen übernehmen sollen.

Und nach einiger Zeit wurden die Dekontaminationsarbeiten seltsamerweise zu öffentlichen Unternehmungen gemacht. In allen Gemeindehäusern fanden Informationsveranstaltungen statt. Und auf den verteilten Broschüren konnte man aufgereiht die Namen der Kernkraftwerkhersteller finden. Obwohl eigentlich mitverantwortlich für den Unfall, konnten sie nun in einer absurden Umkehrung der Verhältnisse mit den Dekontaminationsarbeiten neuen Profit machen.

Sind Kinder unser Schatz?

Am 19.März wurden Shunichi Yamashita und Noboru Takamura von der Universität Nagasaki sowie Kenji Kamiya von der Universität Hiroshima als Berater der Präfektur Fukushima einberufen.

„Bis zu einer Strahlenbelastung von 100mSv gibt es keine negativen gesundheitlichen Auswirkungen.“

„Kinder können ohne Bedenken draussen im Sandkasten spielen.“

„Wenn man eine positive Einstellung hat und viel lacht, gibt es keine Probleme.“

Verantwortungslose und verunglimpfende Äusserungen dieser Art konnte man nun bei jeder sich bietenden Gelegenheit von ihnen hören.

Und um den Bankrott der Staatsfinanzen zu verhindern, begann nun eine Gehirnwäsche.

Die jährliche Strahlenbelastung für Zivilpersonen war gesetzlich auf 1mSv begrenzt. Dessen ungeachtet wurde nun für Kleinkinder und Säuglinge „eine Strahlenbelastung von 20~100mSv pro Jahr ist unproblematisch“ propagiert. Ich bin sicher, die hier anwesenden Vertreter der angeklagten Kernkraftwerkshersteller wissen, was das bedeutet.

Würden Sie eine Regelung dieser Art für Ihre Kinder oder Enkel gutheissen?

Schliesslich der seltene Schilddrüsenkrebs bei Kleinkindern; ein bis zwei Fälle kommen auf eine Million Menschen.

Ende dieses Monats findet mittlerweile das 20. Treffen der “Untersuchungskommission zur gesundheitlichen Situation der Bewohner der Präfektur Fukushima“ statt.

300.000 Menschen haben sich bisher in der Präfektur Fukushima einer Gesundheitsuntersuchung unterzogen. Bei 127 Kindern wurde ein bösartiger Tumor beziehungsweise Verdacht auf einen bösartigen Tumor der Schilddrüse diagnostiziert. Davon wurden 104 Kinder operiert und bei 103 von ihnen wurde Schilddrüsenkrebs festgestellt. Metastasen der Lymphdrüsen oder anderer Organe sind ebenfalls nicht

selten.

Regierung und Präfektur erklären, dass „ein Kausalzusammenhang nur schwer vorstellbar sei.“

Bei wie vielen Kindern wird man noch Schilddrüsenkrebs feststellen müssen, bis sie einen Kausalzusammenhang erkennen werden?

„Die Prognosen nach der Operation sind gut, die Krankheit ist nicht lebensgefährlich“, sagen die Ärzte.

Aber wie soll man mit den Kindern, die ihr ganzes Leben hindurch Medikamente nehmen müssen, umgehen und wie mit den von Kummer und Sorge geplagten Eltern?

Für die Klubaktivitäten der Kinder, die nach dem Unterricht in der Schule stattfinden, wurde nach dem Reaktorunfall als Regel „für die Teilnahme an Schul- und Sportfesten oder Trainingsveranstaltungen ist die Einwilligung eines Erziehungsberechtigten durch Unterschrift oder Stempel sicherzustellen.“ eingeführt. Die radioaktive Belastung des Bodens wird weiter ignoriert, Lehren aus den gesundheitlichen Schäden nach Tschernobyl werden nicht gezogen und die Verantwortung für alle Entscheidungen sollen allein die Erziehungsberechtigten tragen.

Die staatliche Politik der Strahlenexposition und die Kernkraftwerkhersteller

Regierung und Präfektur haben Informationen des SPEEDI Programms zurückgehalten, die Ausgabe von Jod-Tabletten versäumt und dadurch viele Menschen eigentlich vermeidbarer Strahlenbelastung ausgesetzt. Darüberhinaus geben die Geräte der Messstationen für radioaktive Strahlung und die Filmdosimeter (ein in der Präfektur Fukushima verteilter Typ von Strahlenmessgeräten zur Ganzkörperexposition, der an der Kleidung, in der Regel in Brusthöhe, befestigt wird) die tatsächliche radioaktive Strahlung um 30 bis 40 Prozent niedriger an und messen zudem nur die äussere Strahlenbelastung – das alles ist ein einziger Betrug! (siehe Anmerkung 5)

Die durch den Verzehr von Lebensmitteln und das Einatmen der Luft verursachte innere Strahlenbelastung müsste selbstverständlich mitberechnet werden.

Und Kinder und Schwangere hätten eigentlich sofort evakuiert werden müssen.

Kurz nach dem Unfall haben viele Länder, wie zum Beispiel Amerika, zum Schutz ihrer Staatsangehörigen Charterflüge bereitgestellt, damit sie Japan verlassen konnten oder sie nach Westjapan evakuiert. Auch hier aus Tokio sind viele ausländische Staatsangehörige geflohen, habe ich gehört.

Die Bürger der Präfektur Fukushima waren von Anfang an „kimin“(abandoned people), deren Schicksal der Regierung gleichgültig war.

Das alles ist eine von Tepco, der Regierung, der lokalen Verwaltung und den Kraftwerkherstellern

gemeinsam betriebene, wirtschaftlichen Belangen Vorrang gebende "staatliche Kontaminationspolitik".

In den letzten viereinhalb Jahren nach dem Reaktorunfall Höchststufe 7 haben Regierungskreise und Interessenvertreter der Atomlobby im Namen des Wiederaufbaus einen neuen Sicherheitsmythos kreiert und durch Radioaktivität verursachte Schäden zu Schäden aufgrund von Fehlinformationen der Verbraucher (die z.B. keine Waren aus Fukushima mehr kaufen woll(t)en) deklariert. Gleichzeitig wurden Informationen hinsichtlich des Reaktorunfalls und der radioaktiven Verseuchung nach ihrem Gutdünken kontrolliert und so ein gesellschaftliches Klima geschaffen, in dem das Leben der Bevölkerung in radioaktiv belasteten Gebieten nicht als schweres Problem angesehen wird (nach Dekontamination und mit entsprechenden Vorsichtsmassnahmen könne man wieder ein ganz normales Leben führen), sondern darüberhinaus als selbstbestimmt moralisch stilisiert wird.

(als ein Beispiel dafür kann das sogenannten "Fukushima Ethos Projekt" gelten, eine in Fukushima tätige Organisation mit Verbindung zur französischen Atomlobby. Einer der Schlüsselpersonen des Projekts ist Jacque Lochar, Verantwortlicher für das "Belarus Ethos Project" nach Tschernobyl und Leiter einer von der Atomlobby domierten NPO.)

In einer Situation, in der es völlig ausgeschlossen ist, dass die radioaktive Verseuchung aufhören könnte, wird mit unterschiedlichen Problemen in einer Art russischer Roulette-Manier umgegangen und den Betroffenen ihr Rechts auf Information und ihre Würde geraubt. Und die Schäden durch den Atomreaktorunfall nehmen unaufhaltsam zu.

Tepeco zeigt keine aufrichtige Haltung gegenüber den Betroffenen und die Schadensersatzleistungen machen wenig Fortschritte. Das soziale Gefälle wird immer grösser. Aber die Verantwortung der Hersteller des Fukushima-Kernkraftwerks wird nicht untersucht, obwohl schon lange auf Defekte im Reaktor (als Unfallursache) hingewiesen wird.

Ein Verfahren zur Entsorgung benutzter Brennelemente und eine Lösung für das Problem des radioaktiv verseuchten Wassers ist nicht in Sicht. Der Bau einer, auch als Zweit- oder Drittreaktor bezeichneten, Verbrennungsanlage für radioaktiven Abfall ist in die Zukunft verschoben, ebenso konkrete Überlegungen zu den später entstehenden Demontage-Problemen.

Und obwohl die durch die atomare Unfallreihe von Fukushima Daiichi verursachte radioaktive Verseuchung ein schwerwiegendes, nicht nur auf die Präfektur Fukushima beschränktes Problem ist, gehen die hier angeklagten Kernkraftwerkhersteller ungebremst allein ihren finanziellen Interessen nach, entziehen sich ihrer Verantwortung und betreiben den Export von Kernkraftwerken.

Wie weit sollen die Bürger/innen von Fukushima noch verspottet werden?

Hohes Gericht, bitte lassen Sie diesen ungerechten Zustand nicht fortbestehen!

Unser Alltag wird beherrscht von den andauernden Schäden durch den Kernkraftwerkunfall. All das ist mit den Kernkraftwerkherstellern verbunden.

Zum Schluss möchte ich sagen: Es vergeht kein Tag, an dem ich nicht für die Sicherheit der Arbeiter bete, die vor Ort, der Strahlenbelastung ausgesetzt, immer weiter darum kämpfen, den Unfall unter Kontrolle zu bringen.

Ohne sie wäre Japan am Ende. Damit möchte ich meine Aussage beenden.

Anmerkungen:

1.) Im Gebiet Nakadori der Präfektur Fukushima wohnen cirka 1.300.000 Menschen. Das entspricht ungefähr 65 Prozent der Präfektur-Gesamtbevölkerung. Grössere Städte sind Dateshi, Fukushima, Nihonmatsu, Motomiya, Koriyama und Shirakawa. Durch Nakadori verläuft der Tohoku-Shinkansen und die Tohoku-Autobahn. Über 160.000 Einwohner aus Nakadori mussten evakuiert werden.

2.) Nach Berechnungen der Zeitung Tokyo-Shinbun gab es in mittlerweile sechzehn Gemeinden Suizide, die im Zusammenhang mit der Katastrophe von 2011 stehen. Bis auf den heutigen Tag sind noch 118.000 Menschen durch die Folgen des Erdbebens und den Atomreaktorunfall gezwungen, von ihrem ursprünglichen Wohnort entfernt zu leben. Die Zahl der von den Gemeinden als durch die Katastrophe von 2011 verursacht anerkannten Suizide steigt weiterhin an und betrug am 9. August des heutigen Tages 1.884 Fälle. In der Gemeinde Futaba, zu der acht Dörfer, wie unter anderem Okuma, Standort des havarierten Kernkraftwerks Fukushima Daiichi, und Futaba gehören, sind die Schäden durch die atomare Unfallserie im AKW Fukushima I besonders gross. Auch heute noch werden pro Monat um 20 Anträge auf Anerkennung als durch die Katastrophe von 2011 ausgelöste Suizide von Hinterbliebenen gestellt. (10. März 2015, Tokyo-Shinbun)

<http://www.tokyo-np.co.jp/article/feature/nucerror/list/CK2015031002100003.html>

3.) Die von der Stadt für Dekontaminierungsarbeiten an unserem Haus eingesetzte Stammfirma war Mitsubishi Materials, die Zulieferer kamen aus den Städten Fukushima und Koriyama. Die Dekontaminationsarbeiten wurden im November 2014 ausgeführt. 4 Tonnen dekontaminierte Abfälle wurden in Säcke gefüllt und tief im Garten vergraben.

4.) beigefügte Materialien (Artikel der Zeitung Fukushima-Minpo vom 23. August 2015)

Aufbewahrung vor Ort übersteigt 100.000 Stellen – Kein Termin in Sicht für Transport von Dekontaminationsabfällen – Zeitplan für Zwischenlager-Errichtung verzögert

Fast ein Jahr ist vergangen, seitdem die Präfektur ihre Genehmigung zur Errichtung eines Zwischenlagers für Dekontaminationsabfälle erteilte. Aus Sicht der Präfektur wurde dies als eine Notwendigkeit angesehen, um den Wiederaufbau voranzutreiben. Nach der Entscheidung wurden die Dekontaminationsmassnahmen stetig vorangetrieben. Dadurch nahm aber die Anzahl der Dekontaminationsabfälle schnell zu, die - ohne festgelegte Aufbewahrungsstätte – von den Betroffenen wohl oder übel vor Ort, wie zum Beispiel in einer Ecke des Gartens, aufbewahrt werden. In der Präfektur Fukushima geschieht dies inzwischen an über 100.000 Orten. In den stark durch „vor Ort Aufbewahrung“ belasteten Gemeinden häufen sich die Stimmen, die umgehend vom Umweltministerium einen groben Zeitplan für den Beginn der Transporte ins geplante Zwischenlager fordern.

Wohin mit dem Dekontaminationsmüll?

Laut Aussagen der Präfektur waren Ende März dieses Jahres die staatlich finanzierten Dekontaminationsarbeiten an Wohngebäuden bei cirka 264.000 Gebäuden, das sind ungefähr die doppelte Menge des Vorjahres, abgeschlossen. 264.000 Gebäude entsprechen in etwa 60 Prozent der Wohngebäude, an denen Dekontaminationsarbeiten ausgeführt werden müssen. Die von der Regierung durchgeführte Wohnanlagen-Dekontaminierung in den beiden Evakuierungszonen „zone in preparation for the lifting of the evacuation order“ und „restricted residence area zone“ sollen bis Ende 2016 abgeschlossen sein.

Demgegenüber werden in provisorisch eingerichteten Lagerstätten 2.300.000 Kubikmeter Dekontaminationsmüll aufbewahrt. Davon wurden bisher gerade ungefähr 11.000 Kubikmeter, also in etwa 0,5 Prozent der aufbewahrten Gesamtmenge, testweise zum Gelände des geplanten Zwischenlagers transportiert. Die provisorisch eingerichteten Dekontaminationsabfall-Lagerstätten sind bis an den Rand ihrer Kapazitäten gefüllt. Für die durch die weiteren Dekontaminationsmassnahmen anfallenden radioaktiven Abfälle fehlt ein Ort, an dem sie gebracht werden könnten.

Laut Aussagen der Präfektur Fukushima ist die Anzahl der Stätten, an denen Dekontaminationsabfall direkt „vor Ort“ aufbewahrt wurde, bis Ende März dieses Jahres auf die Gesamtsumme von 102.093 gestiegen. Ein Jahr vorher, Ende März 2014 waren es noch 53.057 Stätten. In einem Jahr hat sich die Gesamtsumme also ungefähr verdoppelt. Zuständige Stellen der Fukushima-Präfektur gehen davon aus, dass die Dekontaminationsabfallmenge auch in Zukunft mit der gleichen Geschwindigkeit zunehmen werde.

Der Aufschrei der Gemeinden

Die Stadt Fukushima, die mit 47.526 vor- Ort- Aufbewahrungsstätten von Dekontaminationsmüll innerhalb der Präfektur am meisten von diesem Problem betroffen ist, hat bisher noch nicht einmal einen Zeitplan für den Beginn der Testtransporte zum Zwischenlager-Gelände erhalten. Der zu diesem Themenbereich Beauftragte erläutert die schwierige Situation der Stadt: „Viele Bürgerinnen und Bürger bitten die Stadt

dringend, den Dekontaminationsabfall möglichst schnell aus ihrem Wohnbereich wegzuschaffen. Die Stadt möchte den Forderungen auch gern nachkommen und ein neues provisorisches Dekontaminationsabfalllager einrichten, aber ohne einen Zeitplan für den Beginn der vorgesehenen Transporte ins eigentliche Zwischenlager ist ein Einverständnis der Grundeigentümer und Anwohner eines Platzes, der als Kandidat für ein provisorisches Dekontaminationsabfalllager in Frage käme, nicht zu erreichen.“

Die Stadt Koriyama prüft, ob, als erste Vorkehrung für die später geplanten Transporte ins Zwischenlager, die vor Ort gelagerten Dekontaminationsabfälle in einer „Ladestation“ gesammelt werden könnten. Aber auch hier sagen die Beauftragten: „Solange kein verlässlicher Zeitplan besteht, kann noch nicht einmal mit Planungen zur Vorbereitung der „Ladestation“ begonnen werden.“

Für ein schnelles Vorlegen des Zeitplans

Nach Beginn der ersten Transporte zum Zwischenlager-Gelände im März dieses Jahres, gab das Umweltministerium bekannt, dass es einen Zeitplan für die Transporte von radioaktiv verseuchter Erde und ebenso für die Endlagerung ausserhalb der Präfektur Fukushima innerhalb von 2-3 Monaten zusammenstellen wollte. Aber auch heute, nach fast einem halben Jahr, steht die Veröffentlichung noch aus. Laut zuständigem Sprecher des Ministeriums „wurde gerade erst mit einer Prüfung der in Frage kommenden Kompressionstechniken begonnen. Ein Termin zur Bekanntgabe des Zeitplans ist nicht abzusehen.“

Nach der vom Umweltministerium, der Präfektur Fukushima und den Gemeinden Okuma und Futaba erzielten Vereinbarung ist der Staat zum Entwurf eines Zeitplanes sowie zur jährlichen Berichterstattung des Verlaufs verpflichtet. Der Beauftragte der Präfektur fordert daher eine schnelle Öffentlichmachung des Zeitplans, denn „wenn der Zeitplan verzögert wird, hat dies auch negativen Einfluss auf die Lagerung vor Ort.“

Zum Hintergrund

Am 30. August 2014 hat die Präfektur Fukushima offiziell ihre Zustimmung zum Bau eines Zwischenlagers bekanntgegeben, nachdem sie vorher das Einverständnis der Gemeinden Okuma und Futaba, (die als Kandidaten für das Gelände des Zwischenlager galten) gewonnen hatte. Am 1. September des gleichen Jahres hat der damalige Gouverneur Yuhei Sato im offiziellen Wohnsitz des Premierministers Shintaro Abe die Zustimmung zum Zwischenlagerbau übermittelt. Das Umweltministerium hat noch im gleichen Monat begonnen, Verhandlungen über eine Bodenübergabe zu beginnen. Als potentielle Verhandlungspartner wurden 2365 Grundeigentümer mit einer Fläche von ungefähr 16 Quadratkilometern angesehen. Bis Ende Juli dieses Jahres wurde mit 850 der Grundeigentümer Kontakt aufgenommen, von denen wiederum 570 Personen eine Genehmigung zur Untersuchung ihres Grundeigentums gaben. Aber nur mit 5 Grundeigentümern konnte schliesslich ein Vertrag abgeschlossen werden.

<https://www.minpo.jp/news/detail/2015082324844>

5.) Bei Strahlenmessgeräten vom Typ Filmdosimeter liegt der gemessene Wert in einer Umgebung wie der in Fukushima, in der die radioaktive Strahlung aus allen Richtungen kommt, um ungefähr 30 bis 40 Prozent niedriger als der Wert der tatsächlich vorhandenen radioaktiven Strahlung.

(Offizielle Erklärung der Firma Chiyoda Technol während einer Arbeitsgemeinschaft von Ratsmitgliedern der Stadt Date.)

<http://fukurou.txt-nifty.com/fukurou/2015/01/post-156b.html>

6.) “Was der Müll über unsere Gesellschaft aussagt“ <http://gomif.blog.fc2.com>

7.) Am 31. Juli dieses Jahres wurde die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen drei frühere Tepco-Manager entschieden, nachdem ein unabhängiges Justizgremium, bestehend aus gewöhnlichen Bürgern, den Fall das zweite Mal geprüft und sich für die Anklage ausgesprochen hatte. Die Bürger in diesem Gremium haben damit eine Entscheidung gefällt, die den Erwartungen der allgemeinen Bevölkerung der Präfektur Fukushima und ganz Japans Rechnung trägt. Das ist eine Entscheidung von grosser Bedeutung. Ich hoffe, dass auch über die Kernkraftwerkhersteller die gleiche juristische Entscheidung gefällt wird.